



Udo Pastörs
Fraktionsvorsitzender

Liebe Landsleute,

in Ihren Händen halten Sie die erste Ausgabe unserer Fraktionszeitung aus dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Sicherlich werden Sie sich fragen, warum wir das Mitteilungsblatt unserer Fraktion gerade „Der Ordnungsruf“ nennen. Eine kurze Erklärung dazu: Laut Geschäftsordnung „erhalten Landtagsabgeordnete einen Ordnungsruf, wenn sie die Würde und die Ordnung des Hauses verletzen.“ Aber es werden auch unablässig willkürlich Ausdrücke und Redewendungen als „unparlamentarisch“ gerügt. Denn ob und wann ein Abgeordneter die „Würde des Hauses verletzt“, liegt allein im Ermessen des Präsidenten. Und so ernen unsere Abgeordneten für jedes unbequeme Wort einen Ordnungsruf. Doch ehrlich gesagt, die ernten wir gerne! Denn wir sind unbestechlich und lassen uns von niemanden den Mund verbieten – erst recht nicht von dieser Landtagspräsidentin. Wir nehmen unseren Wählerauftrag ernst und sprechen im Gegensatz zu den heuchlerisch gedrehten Worthülsen der Blockparteien eine klare und deutliche Sprache.

So hielten wir den Namen „Der Ordnungsruf“ für unser Mitteilungsblatt am treffendsten. Unbestechlich, klar und unmißverständlich schreiben und berichten wir über die „Schweinereien“ der etablierten Blockparteien im Schweriner Schloß.

Wir geben aber auch Einblick in unsere Arbeit. Wir sind trotz Unterzahl bemüht, neue Wege für eine sozial gerechte am Volke orientierte Politik aufzuzeigen. Dabei ist ist auch Ihre Mithilfe gefragt. Ihre Meinung ist uns wichtig. Schreiben Sie uns, wir kümmern uns um die Probleme. Gemeinsam sind wir stark!

Ihr Udo Pastörs

NPD-Fraktion fordert umfassendes Verbot von gentechnisch veränderten Organismen.

Die Linkspartei.PDS hat im Landtag einen Beschluß (Drucksache 5/77) eingebracht, in dem für ein gleichberechtigtes Miteinander von „Grüner Gentechnik“ und traditioneller Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion geworben werden soll. Gefordert wird ein Bekenntnis des Landtages zur „Wahlfreiheit der Verbraucher und Landwirte und zur Koexistenz beim Anbau von gentechnisch freien und gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln.“ Begründet wird dieser Wahnsinn damit, daß oberstes Gebot bei der Anwendung der grünen Gentechnik die Wahlfreiheit der Landwirte und Verbraucher sein müßte.

Ein absurdes und wider natürliches Vorhaben, denn gentechnisch veränderte Pflanzen oder Tiere machen nicht an Zonengrenzen halt. Sie lassen sich nicht durch eine „Berliner Mauer“ oder „Selbstschußanlagen“ einsperren. Sie haben die natur-



gesetzmäßige Eigenschaft, sich auszubreiten. Beispielsweise werden gentechnikfreie Felder durch Pollenflug in Verbindung mit gentechnisch verändertem Saatgut verseucht. Eine Koexistenz von gentechnikfreier und gentechnisch veränderten Lebewesen oder Lebensmitteln ist ausgeschlossen!

Der Anbau von Gentechrap in den USA und Kana-

da zeigten deutlich, daß es keine friedlichen Koexistenz geben kann. Dort klagen Bauern nach Verseuchung ihres Saatgutes mit gentechnisch veränderten Saatgut gegen die Firma Monsanto. Eine gentechnikfreie Landwirtschaft ist dort nie mehr möglich. Dieses Beispiel aus der Praxis bestätigt und unterstreicht den Standpunkt der NPD-Fraktion.

Die Linkspartei.PDS hat mit dem Antrag mehr als deutlich ihre Inkompetenz auf diesem Gebiet bewiesen. Eine Koexistenz von gentechnikfreien und gentechnisch veränderten Organismen, wäre wie eine Koexistenz von Brandrodung und Regenwald oder von Schleppnetzen und Fischen. Wer für die Koexistenz eintritt, handelt im Interesse der

Gentechnikindustrie. Wieder einmal hat die Linkspartei.PDS mit ihrem Antrag bewiesen, daß sie längst im liberal-kapitalistischen System angekommen ist.

Zur Erinnerung: In der achtjährigen Koalition zwischen SPD und PDS (1998 – 2006) lag die Zuständigkeit für die Gentechnik (z. B. Versuchsanbau Groß Lüsewitz bei Rostock) beim Sozialministerium (!) in den Händen von Ministerin Linke (PDS). Die sogenannte „Linkspartei“ ist alles andere als ein energischer Gegner der Genfraß-Industrie à la Monsanto & Co.!

Einzig die NPD ist innerwie außerparlamentarisch ein entschiedener Gegner der Gentechnik, denn:

► Wir fordern ein umfassendes Verbot von gentechnisch veränderten Organismen!

► Wir fordern eine Förderung von gentechnisch freien Regionalmarken erst dann, wenn diese sich dem ökologischen Landbau verpflichtet haben und ihre Lebensmittel nicht etwa mit Pestiziden, Wachstumshormonen oder Antibiotika behandeln!

Operation gelungen – Patient tot

Die Gesundheitsreform um jeden Preis

Nach langem Hin und Her haben Bundestag und Bundesrat der umstrittenen Gesundheitsreform, dem „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ wie es im Fachjargon heißt, zugestimmt. Bis zuletzt haben Hunderttausende Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und andere Fachkräfte aus der Gesundheitsbranche Front gegen eine Reform gemacht, die diesen Namen nicht ansatzweise verdient.

Normalerweise waren Reformen immer etwas, was den Status quo verbessert hat. Heute ist das Wort „Reform“ gleichbedeutend für die „staatlich verordnete Ausbeutung“ in Deutschland. So auch bei der „Gesundheitsreform“. Was uns erwartet, sind Leistungskürzungen und steigende Beiträge und somit eine weiter steigende Zahl derer, für die Gesundheit zum Luxus wird. Gesundheit droht zu einem Privileg zu werden.

Im Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat die NPD-Fraktion hier klar Stellung bezogen und ihre Vorschläge deutlich gemacht. Unser

Antrag, man möge der Gesundheitsreform im Bundesrat nicht zustimmen, wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Scheinbar sind die Vertreter von SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP mit dem bevorstehenden Griff in den Geldbeutel der Bürger einverstanden. Einzig die NPD-Fraktion hat sich deutlich gegen diese verkorkte Gesundheitsreform ausgesprochen und alle parlamentarischen Möglichkeiten genutzt, um dieses Projekt zur weiteren Ausbeutung zu stoppen.

Die NPD-Fraktion hat Ihre Perspektiven klar definiert. Wir fordern ein Gesundheitssystem, das wieder auf den Grundlagen der Solidargemeinschaft fußt.

Es muß für alle, unabhängig vom Einkom-

men, eine hochwertige medizinische Grundversorgung sichergestellt sein. Eine ausreichende stationäre und ambulante Versorgung ist auch in der Fläche zu erhalten. Es darf nicht zugelassen werden, daß behandlungsbedürftige Menschen dutzende Kilometer fahren müssen, bis sie einen Arzt oder eine Apotheke finden. Wir fordern das Ende der Zwei-Klassen-Medizin und die Einrichtung einer einzigen gesetzlichen Krankenversicherung für alle, durch die eine hochwertige medizinische Versorgung sichergestellt wird. 250 konkurrierende Krankenkassen in Deutschland sind ein absoluter Unfug. Allein das medizinische Personal ist

für die Qualität der Gesundheitsversorgung entscheidend. Deren Leistung muß angemessen vergütet werden. Es muß endlich Schluß sein mit dem krankmachenden Sparen bei der Gesundheit. Wir dürfen nicht zulassen, daß man uns auch noch per Gesetz krank machen will!



Keine Rente erst mit 67

Gegen die Pläne der Bundesregierung das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre zu erhöhen, hat die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einen Antrag eingebracht. In diesem Antrag wurde das Land aufgefordert, sich klar gegen das geplante Renteneintrittsalter mit 67 Jahren zu positionieren. Alle Fraktionen, einschließlich der Linkspartei.PDS, stimmten gegen den Antrag und billigen damit die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre.

Öffentlich will die NPD-Fraktion nun auf den Rentenklau aufmerksam machen. Denn wer nach den Plänen der Bundesregierung zukünftig vor dem 67.

Lebensjahr in Rente geht, wird eine Kürzung seiner Rente von bis zu 14,4 Prozent hinnehmen müssen.

Auch unter dem Aspekt, daß ältere Menschen, selbst wenn sie arbeiten möchten, keine Arbeit mehr finden, sind die Pläne der Bundesregierung unsocial.

Auf diese Mißstände hinzuweisen, ist für die NPD-Fraktion, die sich dem Wohl des ganzen Volkes verschrieben hat, Pflicht.

Informieren Sie sich aus erster Hand – bestellen Sie noch heute kostenlos ein Informationspaket bei der:

NPD-Fraktion MV
Schloß
Lennestraße 1
19053 Schwerin





Bürgerbüro Lübtheen

Am Donnerstag, dem 30.11.2006, war es endlich so weit: Die Abgeordneten Udo Pastörs und Stefan Köster eröffneten in Lübtheen das erste Bürgerbüro der NPD-Fraktion. Rund 50 Gäste kamen und folgten den Redebeiträgen der Abgeordneten und den Ausführungen von Prof. Dr. Rabehl, welcher einen Vortrag über den Antifaschismus in der BRD und die geplante Antifaschismusklausel der PDS hielt. Professor Rabehl gilt als einer der Köpfe der linken 68er-Bewegung, hat sich inzwischen aber von seinen alten Wegbegleitern losgesagt, von denen sich viele ohnehin über die Zeit vom herrschenden System korrumpieren ließen.

Der Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs betonte in seinem Redebeitrag, daß das Bürgerbüro kein einfaches Büro, sondern vielmehr eine Begegnungsstätte des Volkes sein soll, in der auch Hilfestellung geleistet wird. Daß diese Worte keine Phrase waren, beweist der Rückblick auf die vergangenen Monate. Durch zahlreiche Sprech- und Aktionstage hat sich das Bürgerbüro Lübtheen zu einem Anziehungspunkt weit über die Grenzen der Griesegegend hinaus entwickelt. In vielen Gesprächen nahmen die Abgeordneten und Wahlkreismitarbeiter die Probleme, Ideen und Anregungen der Bürger auf. Die regelmäßige Beratung von Hartz-IV-Betroffenen wird dankbar und rege angenommen, denn bereits am ersten Beratungstag konnte eine kleine Familie aus der Lindenstadt Lübtheen darauf aufmerksam gemacht werden, daß ihr das Amt wesentlich mehr zahlen muß. Alles in allem konnte bisher fast jedem Betroffenen geholfen werden. Auch Frauentreffen, Diskussionsrunden, Leseabende und Tischfußballturniere sind ein fester Bestandteil im Kalender des Bürgerbüros geworden.

Die festen Sprechzeiten des Bürgerbüros sind jeden Donnerstag von 9.00-13.00 Uhr und von 15.00-18.00 Uhr. Weitere Termine sind jederzeit nach Absprache möglich. Fast jede Woche gibt es kleine Veranstaltungen und Aktionstage - Informationen darüber erhalten Sie direkt über das Bürgerbüro.

Schauen Sie doch einfach mal rein:

Bürgerbüro Lübtheen
Rudolf-Breitscheid-Str. 2
19249 Lübtheen

Tel./Fax: (038855) 78851

Sozial statt Global

Parlamentarischer Widerstand gegen den G-8-Gipfel

Mittlerweile weiß es jeder: Der G-8-Gipfel-Zirkus gastiert in Mecklenburg-Vorpommern, genauer gesagt in Heiligendamm. Und mit ihm kommen nicht nur gewaltbereite Krawalltouristen, die den friedlichen Anti-Gipfel-Protest in ein negatives Licht rücken, sondern auch extreme Finanzierungsprobleme auf unser ohnehin schon finanzschwaches Bundesland zu.

Der G-8-Gipfel verschlingt schon jetzt mindestens 92 Millionen Euro.

Ursprünglich sollte der Gipfel einmal 34 Millionen Euro kosten. 10 Millionen Euro davon sollte das Land und 24 Millionen Euro der Bund übernehmen. Zumindest war das vorgesehen, als die Landesregierung dem Gipfel und den damit verbundenen Kosten im Frühjahr 2006 zustimmte – damals als Regierungspartei mit von der Partie die Linkspartei.PDS. Jene, die sich heute als Oppositionspartei im Landtag aufspielen und augenscheinlich gegen das anlaufen, was sie gestern noch gegen die Interessen des Volkes entschieden haben.

Schon 34 Millionen Euro sind für ein Luxus-Kaviar-Treffen der oberen Zehntausend angesichts der Massenarbeitslosigkeit und Verarmung weiter Teile unseres Volke zu viel, doch es sollte noch schlimmer kommen: In der Landtagssitzung vom 15. November gibt Finanzministerin Keler zu, daß der G-8-Gipfel statt 34 nun 92 Millionen kosten würde.

Besonders der Fraktionsvorsitzende der SPD, Volker Schlotmann, tönte damals, daß man sich alle Optionen offen halten würde, wenn der Bund die 92 Millionen Euro nicht maßgeblich tragen würde. Leider war das nur heuchlerisches Getöse wie man es von den „Sozialdemokraten“ kennt.

Anfang Dezember 2006 traf der Bund dann nämlich die Verwaltungsvereinbarung mit dem Land, aus der hervorgeht, daß der Bund nur die vorab besprochenen 24 Millionen übernimmt. Damit stand fest, daß mindestens 68 Millionen an Kosten auf das Land Mecklenburg-Vorpommern zukommen werden. Kein Vertreter der Blockparteien, auch nicht Volker Schlotmann – jener, der noch in der Sitzung zuvor große Töne gespuckt hatte, sprach deutliche Worte oder unternahm gar etwas Ernsthaftes gegen den G-8-Gipfel.

Einzig und allein die NPD-Fraktion hat sich mit aller Kraft gegen den G-8-Gipfel im Parlament gewehrt. Aufgrund ihrer nationalen antiglobalistischen Grundhaltung lehnt sie den Luxusgipfel ab! Mit zwölf parlamentarischen Initiativen hat sie aus Verantwortung um die Bürger in diesem Land versucht, den größten Schaden durch den G-8-Gipfel abzuwenden.

Mehrfach beantragte die NPD-Fraktion die Absage des G-8-Gipfels, begründet unter anderem damit, daß der durch Steuergelder fi-

nanzierte G-8-Gipfel um ein vielfaches teurer wird als geplant, somit neue Schulden für das Land aufwirft, welche die nachfolgenden Generationen tragen müssen. Ein Zustand, den die NPD-Fraktion für unverantwortlich hält! Auch Versprechen seitens der Landesregierung, daß der Gipfel einen Tourismusbomben auslöst, sind unhaltbar, da wohl kaum jemand in einer Re-

gion Urlaub machen wird, in der Stacheldrahtzäune, Hundertschaften und Krawalltouristen das Bild bestimmen. Einstimmig lehnten die Fraktion von CDU, SPD, FDP und PDS die Anträge der NPD-Oppositionspartei ab.

Selbst die vielfältigen Anträge auf Freistellung der Kommunen und Kreise im Zusammenhang mit dem G-8-Gipfel wurden einstimmig von den Blockparteien abgelehnt. Somit bleiben Kreise und Kommunen auf den Kosten im Zusammenhang mit dem „Luxusgipfel“ sitzen. Einen Gipfel, den der Oppositionsführer der NPD im Schweriner Schloß zu recht als „Kaviargipfel“ bezeichnet hat.

Kein Mensch in unserem Land braucht diesen Gipfel und außer den Bonzen nützt er auch niemanden etwas.

Die Altparteien im Schweriner Schloß – CDU, SPD, FDP und PDS – haben mit ihren Entscheidungen klar gezeigt, daß sie gegen die Interessen des Volkes handeln. Besonders die Linkspartei.PDS hat deutlich gemacht, wessen Geistes Kind sie ist: „Wer außerhalb des Parlamentes auf Protestpartei gegen den Gipfel macht, nur um Stimmen zu fangen, aber im Parlament zu allem Ja und Amen sagt, der ist nichts weiter als ein pseudo-sozialer Heuchler“, kommentierte Udo Pastörs das Verhalten der Linken.



Neu: Flugblatt gegen den Abriß der „Perlenkette“ in Heiligendamm

„Keine Perlen vor die Säue!“

In Heiligendamm werden im Zuge der Vorbereitungen zum G-8-Gipfel denkmalgeschützte Villen der Perlenkette abgerissen. Teilweise, um dem Fernsehen eine bessere Sicht zu verschaffen, teilweise aus geschäftlichen Gründen der Kölner Fundus-Gruppe. Zu den betroffenen Gebäuden zählen unter anderem die Villen Perle, Möwe und Schwan. Anstatt diese altherwürdigen Gebäude zu restaurieren und damit den Charme des ersten Seebadeortes in Deutschland wieder herzustellen, wird aus Profitgründen alles plattge-

macht. Aus Heiligendamm wird so ein ärmerer Badeort. Es gibt zwar Glanzpunkte wie das Kempinski Hotel, das Kurhaus oder die Seebücke, doch verliert das Seebad einen Teil seiner Liebeshwürdigkeit.

Für die NPD-Fraktion ist der Abriß aus Gründen des Denkmal- und Kulturschutzes unerträglich. Sie hat deshalb einen Antrag (Landtagsdrucksache 5/210) eingebracht, wonach weitere

Abrisse von Gebäuden zu verhindern sind. Die Blockparteien lehnten den Antrag einstimmig ab.

Mit einem Flugblatt macht die NPD-Fraktion nun auf die Mißstände aufmerksam. Fordern Sie noch heute kostenlos Material und informieren Sie sich aus erster Hand!

NPD-Fraktion MV

Schloß
Lennestraße 1
19053 Schwerin



Der Volkswille wird ignoriert

Das Ende der souveränen Nationalstaaten?

Mit der Übernahme der Ratspräsidentschaft der Europäischen Union zum 1. Januar 2007 durch die BRD soll das bereits durch die Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnte Projekt einer Verfassung für die EU wiederbelebt werden.

Neben den Themen Energiesicherheit, Bürokratieabbau und Klimaschutz hat sich die Bundesregierung zuvörderst die Fragen zur Erweiterung und zur Neubelebung der EU-Verfassung auf die politische Fahne geschrieben. Innerhalb der halbjährigen Präsidentschaft strebt es Bundeskanzlerin Merkel an, gegen den bekundeten Willen einer Vielzahl der in der EU vertretenen Völker den Verfassungsprozeß unter allen Umständen fortzuführen und macht sich somit zur willfährigen Erfüllungsgehilfin der EU-Politik-Nomenklatura.

Die NPD-Fraktion bezieht zu dieser Entwicklung, der faktisch Demokratiedefizite und schleichende Zentralisierung nachgewiesen sind, ganz klar Position: Die ursprüngliche Idee der europäischen Gemeinschaft war, diese als wirtschaftliches und politisches Interessens-Werkzeug der einzelnen Nationalstaaten zu schaffen. Dies sollten sie auch in Zukunft bleiben.

Doch mittlerweile hat sich die EU zu einem Instrument ausgebildet, durch das unter Mitwirkung von Lobbyisten und Fachexperten im Solde der Großindustrie den Mitgliedsstaaten Richtlinien und Beschlüsse aufgezwungen werden, die von diesen ohne Wenn und Aber umgesetzt werden müssen. Die EU ist ein „undemokratisches Monster durch und durch“ urteilte demzufolge der NPD-Abgeordnete Raimund Borrman in seiner Stellungnahme im Landtag. Die derzeitige Rechtsordnung, daß EU-Mitgliedsstaaten bei einer Nichtumsetzung im Schweriner Schloß of-



Zeichen der Fremdbestimmung!

sel bestraft werden, lehnt die NPD-Fraktion ab. Die nationale Opposition im Landtag sieht ihre Aufgabe darin, den Bürgern ihre Stimme zurückzugeben, um somit seine wahre Interessensvertretung zu ermöglichen. Darum fordert sie, über die EU-Verfassung auch in Deutschland abstimmen zu lassen, damit dieses Hirngespinnst von Technokraten endlich mittels Votum zu den Akten gelegt werden kann. Das deutsche Volk soll endlich das Recht erhalten, über unser Land betreffende Kompetenzabtretungen an die EU frei zu entscheiden. Und daß der deutsche Wähler sich gegen den weiteren Verlust nationaler Souveränität und Identität entscheiden würde, steht außer Frage. Denn bei einer Volksabstimmung wäre auch die D-Mark niemals abgeschafft worden.

Grundsätzlich steht die NPD-Fraktion dafür ein, daß der Bürgerwille zu akzeptieren ist. Einen erneuten Versuch die EU-Verfassung durchzuzerren lehnt sie kategorisch ab. Der Antrag der NPD-Fraktion forderte daher unmißverständlich, nicht solange abstimmen zu lassen, „bis das Ergebnis dem Willen der Politiker entspricht“. Auch dieser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen einstimmig abgelehnt, was erneut die bornierte Haltung der Blockparteien im Schweriner Schloß offenbarte.

Ihre Probleme sind uns wichtig!

Wissen Sie etwas über zweifelhaftes Machenschaften in Verbänden, Unternehmen oder Behörden? Vertrauen Sie sich der NPD-Fraktion oder direkt Ihren lokalen NPD-Abgeordneten an!

Denn nach Art. 24 (3) unserer Landesverfassung sind Abgeordnete berechtigt, das Zeugnis zu verweigern über Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete Tatsachen anvertraut haben, sowie über die anvertrauten Tatsachen selbst. Es dürfen auch Schriftstücke oder

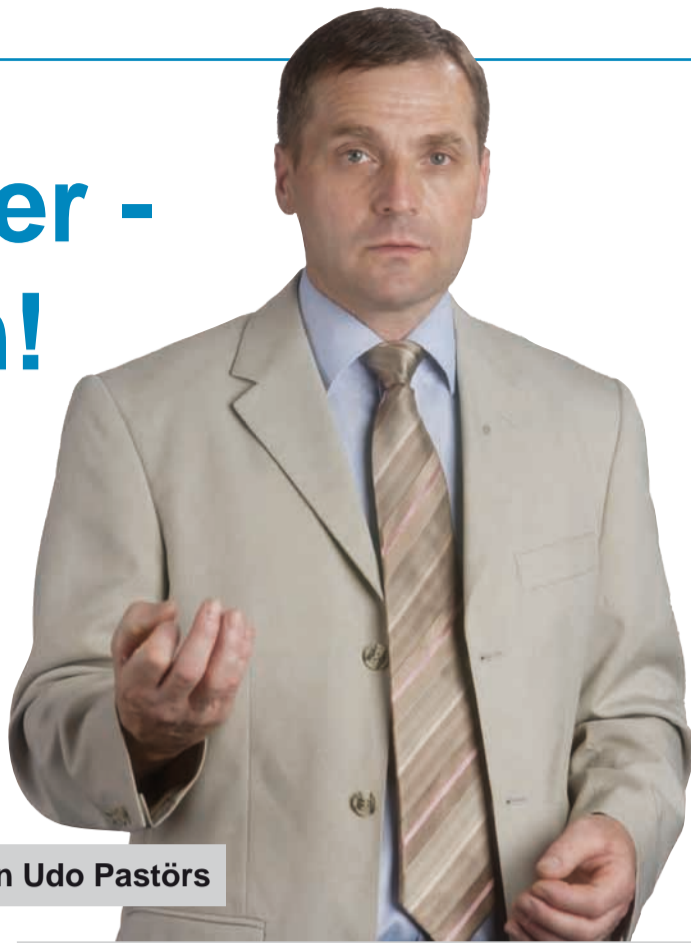
empfindliche Akten nicht durch die Justizbehörden beschlagnahmt werden.

Bei uns sind Ihre Informationen sicher und wir werden sie auch politisch verwenden und nicht verschwinden lassen wie die offiziellen Stellen das in den meisten Fällen tun. Ihre persönlichen Daten werden nicht bekannt und Sie brauchen auch keine Repressalien zu fürchten.

NPD-Fraktion MV
Schloß
Lennestraße 1
19053 Schwerin

Wir bleiben hier - Wir packen an!

„Den Blockparteien geht es um
Posten und Pfründe, nicht um
die Zukunft unseres Volkes!“



Gespräch mit dem NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs

Die Landtagspräsidentin hatte erklärt, das Schlimmste sei, einer NPD-Fraktion Schlüssel für das Schweriner Schloß auszuhandigen zu müssen. Wie ist die Lage im Schloß?

Pastörs: Sie hatte, wie dies bei „Sozis“ so üblich ist, vorher ganz laut getönt und wollte wohl die Heldin spielen. Als Michael Andrejewski sie am Tag nach der Wahl schon am Morgen beim Sektschlürfen erwischte, wurde sie noch wütender. Zur Schlüsselübergabe schickte sie dann Angestellte. Na ja, feige ist sie eben auch noch. Die uns zustehenden Räumlichkeiten haben wir immer noch nicht, aber trotz aller Schikanen arbeitet unsere Mannschaft.

Wie wird Ihre Fraktion behindert?

Pastörs: Direkt nach der Wahl vereinbarten die selbsternannten Demokraten, alles zu tun, um uns zu behindern. Hektisch und mit Fehlern wurde das Abgeordnetengesetz in Blitzsitzungen geändert. Die meiner Fraktion zustehenden Mittel wurden enorm gekürzt. Geheime Abstimmungen wurden aus der Geschäftsordnung gestrichen. Das Verfassungsschutzgesetz zur Kontrolle der Geheimdienste wurde so geändert, daß wir von der Kontrolle ausgeschlossen wurden. All dies zeigt, welche unglaublich große Angst die Blockparteien vor der NPD haben.

War von diesen Maßnahmen auch die neue FDP-Fraktion betroffen?

Pastörs: Die Liberalen sind doch froh, daß sie mitspielen dürfen. Für sie wurde extra der Posten eines völlig überflüssigen dritten Landtagsvizepräsidenten geschaffen. Auch bei der Raumzuteilung erhielten sie natürlich sofort geeignete Räume. Darauf waren sie sehr bedacht, besser behandelt zu werden als wir.

Die Präsidentin wirft Ihnen vor, den Parlamentsbetrieb zu stören?

Pastörs: Also so einen Blödsinn muß ich mir wirklich nicht anhören. Nur weil wir die Geschäftsordnung kennen, welche ja die anderen beschlossen haben, und darauf spielen wie auf einem Klavier, stören wir doch den Betrieb nicht. Im Schloß ist natürlich jetzt Schluß mit lustig. Sitzungen dauern schon mal länger und wir lassen uns nicht den Mund verbieten. Wir nehmen unsere demokratischen Rechte sehr ernst, bereiten uns gewissenhaft auf Sitzungen vor und attackieren die Versagerpolitik der Altparteien.

Warum stemmt sich ihre Fraktion gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm?

Pastörs: Es ist wichtig, zu wissen, daß die PDS-Kommunisten, als sie noch in der Regierung saßen, sehr wohl für den Gipfel waren.

Udo Pastörs (54) ist Kaufmann und Uhrmachermeister, und war beruflich viele Jahre im Ausland. Seit dem grandiosen Wahlerfolg am 17. September 2006 ist er Fraktionsvorsitzender der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Bereits in der ersten Landtagsitzung geißelte er die dreiste, überfallartig durchgezogene Diätenerhöhung der Blockparteien. Er sagte: „Angesichts einer ungeheuren Arbeitslosigkeit, Verarmung und Verelendung großer Teile unseres Volkes, Abwanderung und Zukunftsangst ist es ungeheuerlich, sich in der ersten Sitzung die Diäten um satte 10% zu erhöhen.“

Wir lehnen den Gipfel-Zirkus aus mehreren Gründen ab und haben deshalb entsprechende Anträge im Landtag gestellt. Wenn die Mächtigen der Welt, die für die Globalisierung und deren verheerende Folgen verantwortlich sind, sich treffen wollen, so muß das nicht gerade auf Kosten der Bürger in Mecklenburg-Vorpommern geschehen. Dieser Wahnsinn wird für unser nicht gerade reiches Bundesland mit mindestens 100 Mio € zu Buche schlagen. Dann kommt hinzu, daß die Linken aus aller Welt in unserem Land ein Spektakel durchziehen werden, welches ca. 20.000 Polizeibeamte beschäftigen wird. Wir sind gespannt, wer für die Kosten von Randalierern und Chaoten aufkommen wird.

Wir lehnen den Gipfel der Geschmacklosigkeiten jedoch auch aus politischen Gründen ab. Die Demokratie wird verhöhnt, wenn Entscheidungen von den mächtigen Staatsführern allein getroffen werden. Auch das unsägliche Kriegstreiben des amerikanischen Präsidenten lehnen wir ab. Solche Gestalten wollen wir in unserem Land nicht haben. Wir lehnen im Gegensatz zu den Blockparteien deutsche

Kriegsbeteiligungen an den schmutzigen Kriegen der Amerikaner in aller Welt kategorisch ab.

Was sagen sie zu dem sog. „Caffier-Erlass“?

Pastörs: Der Innenminister scheint durchzudrehen. Also wer jetzt auch noch Gesinnungstest für Feuerwehrleute, Sporttrainer und Bademeister einführen will, sehnt sich wohl in die diktatorische Zeit der DDR zurück. Mit Demokratie hat das nichts mehr zu tun. Wir werden uns diesen Unfug nicht gefallen lassen und vor die Gerichte ziehen.

Ihre Fraktion hat sich auch gegen die Gentechnik ausgesprochen. Warum?

Pastörs: Wir sind der Überzeugung, daß jedwede Manipulation von Pflanzen wie z.B. von Mais, Raps und Kartoffeln unabsehbare Folgen für die Natur und letztlich auch für uns Menschen haben wird. Im Landtag haben wir das Verbot der Ausbringung von gentechnisch verändertem Saatgut beantragt genauso wie das Verbot des Versprühens von Pestiziden zum Schutz wiederum dieser gentechnisch veränderten Pflanzen. Es ist ein Wahnsinn, der hier betrieben wird, nur, damit sich Agrokonzerne die Taschen füllen können.

Wir wollen unsere Heimat bewahren und wir sind uns mit einem Großteil unserer Bauern einig, daß gentechnisch verändertes Saatgut nicht ausgebracht werden darf. Wir stehen hier klar auf der Seite unserer Bauern und wir werden den Widerstand gegen die Gentechnik im Landtag immer wieder zur Sprache bringen.

Natur- und Heimatschutz haben bei uns Nationaldemokraten einen sehr hohen Stellenwert.

Herr Pastörs, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Radikalenerlass gegen NPD-Leute

Dreht Innenminister Caffier langsam durch?

Mit großem Getöse erließ Caffier einen Erlass an alle Bürgermeister und Landräte des Landes. Hiernach sollen die demokratischen Grundrechte der Bürger massiv eingeschränkt werden. Bürgermeisterkandidaten werden zukünftig einem Gesinnungstest unterzogen. Hierbei sollen auch geschichtliche Meinungen abgefragt werden.

Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen aus dem Innenministerium war zu erfahren, daß zukünftig Bürgermeisterkandidaten über ihre Meinung zum sogenannten „Antifaschistischen Schutzwall“ – so verniedlichte man in der DDR den Todesstreifen und die Berliner Mauer – genauso befragt werden sollen wie zu ihrer Meinung zu geschichtlichen Ereignissen im Deutschen Reich.

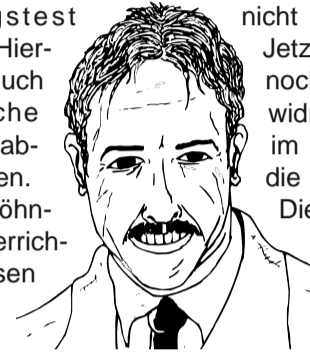
Nach geltendem Recht werden die Bürgermeister jedoch direkt vom Volk gewählt. Was Gesinnungstests mit freien Wahlen zu tun haben, bleibt Caffiers Geheimnis. In einer ominösen Pressekonferenz sagte Caffier, daß er solche Befragungen auch auf Wehrführer bei freiwilligen Feuerwehren und sogar auf Bademeister angewandt wissen will.

Im Landtag ließ Ministerpräsident Ringstorff jetzt seine demokratische Maske fallen, als er zum Nachtragshaushaltsgesetz 2007 sagte, das Land werde massiv mit Steuermitteln die Nationalen im Land bekämpfen. Also Erlasse reichen offensichtlich nicht so richtig aus.

Jetzt werden auch noch verfassungswidrig Steuermittel im Kampf gegen die NPD eingesetzt. Dies alles wird sich die nationale Oppositionspartei so nicht gefallen lassen und so müssen demnächst die Gerichte über das undemokratische Treiben der Landesregierung befinden.

Caffier und Ringstorff wollen unter allen Umständen verhindern, daß die NPD aus der Mitte des Volkes unterstützt wird. Es bleibt ihr Geheimnis, was hieran eigentlich schlecht sein soll.

Bürgermeister, Vereinsvorstände und viele Bürgerinitiativen arbeiten mit der NPD-Landtagsfraktion zusammen und daran wird auch die hektische Betriebsamkeit im Innenministerium nichts ändern. Die NPD-Landtagsfraktion wird sich von ihren Wählern nicht trennen lassen, dies müssen irgendwann auch die Vertreter der Altparteien im Landtag und in den Ministerien erkennen.



Steigende Urlauberzahlen - wegen der NPD?

Tourismuslüge platzt!

Am 17. September ist die NPD mit 7,3% in den Landtag eingezogen. Vor und nach der Wahl konnte man immer wieder von selbsternannten demokratischen Politikern, aber auch den Medien hören, „daß der Einzug der NPD in den Landtag ein schwerer Image-Schaden für das Land wäre, gerade im Bereich Tourismus“.

Von diesen Lügen bleibt nichts übrig, betrachtet man die neuesten Entwicklungen bei den Zahlen der Übernachtungen im Land. So lag die Zahl der Übernachtungen im Januar um 6,5 Prozent über denen des Vorjahresmonats. Der Tourismusverbandsgeschäftsführer Bernd Fischer sagte sogar, „daß der Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern brummt“.

Die Zahlen und Aussagen des Tourismusverbandes stehen damit im krassen Gegensatz zu den Lügen der Blockparteien und den Systemmedien, die damit nur Stimmung gegen die nationale Opposition im Land machen wollen.

Dazu erklärte der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs: „Daß sich Touristen ihren Urlaubsort nach parteipolitischen Aspekt wählen, ist völliger Unfug. Die Menschen wählen ihren Urlaubsort nach den Reizen der Natur, dem Preis-Leistungsverhältnis und der Freundlichkeit der Menschen vor Ort - nicht danach, wer im Parlament sitzt. Wäre dem nicht so, dann läge es an der NPD, daß die Urlauberzahlen gestiegen sind.“



Die NPD-Fraktion (von links): Tino Müller, Raimund Borrmann, Stefan Köster, Udo Pastörs, Birger Lüssow und Michael Andrejewski



Landtagspräsidentin in schweren Nöten



Großspurig hatte sie vor der Landtagswahl verkündet, es sei für sie unvorstellbar, einer NPD-Fraktion Schlüssel für das Schweriner Schloß auszuhändigen zu müssen. Alles müsse unternommen werden, um den Einzug der NPD in den Landtag zu verhindern.

Ob eine solche Einstellung einer Landtagspräsidentin mit den hohen Werten einer Demokratie vereinbar ist, fragten sich nicht nur die Wähler der Nationaldemokraten. Es kam wie es kommen mußte: 59.845 Wähler entschieden sich für die Opposition und erstmals zogen sechs Abgeordnete der NPD ins Schweriner Schloß ein. Die Wähler hatten der an sich stets feierlaunigen Präsidentin den Wahlabend gehörig verdorben. Der frischgebackene Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski erwischte dann am Tag nach der Wahl die Präsidentin morgens beim Sekt-Umtrunk in ihrem Büro, als er für die NPD-Fraktion die Schlüssel in Empfang nehmen wollte. Das Sektglas fiel der grobschlächtigen Dame fast aus der Hand, als der NPD-Abgeordnete sie überraschte mit den Worten: „Wir möchten mit der Arbeit beginnen, bitte händigen Sie uns die Schlüssel aus.“ Die Präsidentin blieb sich treu, es dauerte Wochen bis die vom Volk gewählten Vertreter der NPD im Schweriner Schloß arbeiten konnten.

Noch bis zum heutigen Tage sind die Räume völlig unzureichend und die Präsidentin versucht wohl alles in ihrer Macht stehende, um die neue Fraktion in ihrer Arbeit zu behindern.



Seit dem NPD-Einzug gab es wenig zu feiern für die Altparteien!

In den ersten Plenarsitzungen mußte sie zur Kenntnis nehmen, daß die Abgeordneten um Udo Pastörs in den Debatten die Geschäftsordnung beherrschen und sich nicht mit billigen Tricks der Blockparteien mundtot machen lassen. Hierüber ist die griesgrämige Präsidentin so erbost, daß sie die Nationalen heftig kritisiert, weil diese ihre Rechte als Volksvertreter genau kennen und somit die Demokratie behindern würden. Über derartigen Blödsinn müßte man eigentlich laut lachen, wenn es nicht bitterer Ernst wäre. Sie ist offenbar vom Haß auf alles deutsch-nationale so verblindet, daß sie den Oppositionsabgeordneten ständig vorwirft, sie würden ihre parlamentarischen Rechte wahrnehmen und damit der Demokratie schaden, weil jetzt die Sitzungen immer länger dauern würden und man nicht wie früher rasch zum „gemütlichen Teil“ übergehen könne.

Ja, so ist das nun mal jetzt. Die NPD wurde schließlich nicht gewählt, um mit feierlaunigen Bonzen im Schloß Sekt zu schlürfen. Es wird von der Opposition jetzt knallhart Klartext geredet und das schmeckt den verwöhnten Damen und Herren von den Altparteien natürlich überhaupt nicht.

Vielleicht sollte die Präsidentin einfach ihren alten roten Hut nehmen und sich von der Politik verabschieden, dann klappt es vielleicht auch wieder bei ihr mit dem Feiern und dem Sektrinken.

Gebrochene Gesetze pflastern ihren Weg...

Wie die etablierten Blockparteien die NPD von der Kontrolle des Geheimdienstes ausschließen.

Wenn nicht demokratisch kontrolliert werden, besteht höchste Gefahr für die Bürgerrechte. Das haben wir in der DDR gesehen und das wird auch immer spürbarer in der BRD.

Bisher gab es keine demokratische Beaufsichtigung des Verfassungsschutzes in Mecklenburg-Vorpommern. In der hierfür zuständigen PKK – Parlamentarischen Kontrollkommission – saßen nur Mitglieder der volksverachtenden Blockparteien SPD, CDU und PDS, deren Vorstellung von Demokratie darin besteht, ohne Rücksicht auf den Willen der Mehrheit alles durchzupfeitschen, was außer ihnen keiner will, etwa den Euro oder die Masseneinwanderung von Ausländern.

Mit der NPD zog erstmals eine wirklich demokratische Partei in den Landtag ein. Das wäre die Chance gewesen, endlich etwas Licht

die trüben Machenschaften des sogenannten Verfassungsschutzes zu bringen! Aber natürlich wollten die im Schloß residierenden Bonzen alles, nur nicht das.

Zuerst brachen sie ausgerechnet das Landesverfassungsschutzgesetz, indem sie im vorigen Jahr aus dem Landtag geflogene Parteifreunde ein halbes Jahr lang weiter in der Kommission sitzen ließen. Daß diese Herrschaften kein demokratisches Mandat mehr hatten, störte dabei nicht. Dann mißachteten sie die Geschäftsordnung des Landtags. Diese schreibt vor, daß Gesetzesentwürfe in den Aus-

schüssen vorbereitet werden. Aber sie peitschten die Vorlage ohne Diskussion in Rekordzeit durch.

Und zu schlechter Letzt formulierten sie einen Gesetzestext, der die Möglichkeit eines Einparteiengeheimdienstes eröffnet. Von nun an kann eine Parlamentsmehrheit, die bei entsprechenden Wahlergebnissen ja auch auf eine Partei entfallen kann, allein die Kontrollkommission besetzen. Ohne Rücksicht auf die Opposition. Der wohl geplante Ausbau des Verfassungsschutzes zu einer neuen Stasi ist dank dieser Machenschaften sehr viel leichter geworden.



Überwachungsstaat BRD? Bilder sagen mehr als Worte...



Kostenfreie Rufnummer gefordert

Die NPD-Fraktion hat im Landtag einen Antrag eingereicht, wonach das Bürgertelefon für den geplanten G-8-Gipfel kostenfrei sein muß. Bis jetzt muß jeder Anrufer 0,14 € pro Minute zahlen, wenn er das Bürgertelefon anruft. Angesichts der erheblichen Einschränkungen für die Bevölkerung durch den G-8-Gipfel in Mecklenburg-Vorpommern ist es unzumutbar, bei berechtigten Fragen auch noch finanziell geschröpft zu werden. Die Kosten hat selbstverständlich die Landesregierung zu tragen, denn sie hat ja schließlich auch den G-8-Gipfel-Wahnsinn ins Land geholt.

Keine Agro-Gentechnik in MV!

Einen Antrag zum Verbot der Ausbringung von gentechnisch manipuliertem Saatgut brachte die NPD-Fraktion in den Schweriner Landtag ein. Damit bekundet sie wieder einmal, daß allein die nationale Opposition für einen konsequenten Schutz von Pflanzen, Tieren und Menschen eintritt, denn die Gentechnik bewegt und verunsichert die Menschen im Lande sehr.

Darüber hinaus forderte der gestellte Antrag die Rücknahme der Erlaubnis, verstärkt die hochgiftigen Pestizide „Reldan 22“ und „Ultracid 40“ in der Landwirtschaft zum Einsatz zu bringen. Wie nicht allgemein bekannt sein dürfte, wirken diese Gifte nicht nur gegen Schädlinge, sondern sind auch für Mensch und Natur hochgiftig. Insbesondere die Bauern, die beim Verspritzen der Pestizide unmittelbar mit den Umweltgiften in Kontakt kommen, sind von Krankheiten bedroht: Veränderungen im Hormonhaushalt und Organschäden sind nachgewiesen. Auch Alzheimer, Parkinson oder Multiple Sklerose stehen auf der Krankheitsliste. Damit nicht genug. Die Konsumenten von landwirtschaftlichen Produkten gehen beim Verzehr wie beispielsweise von gespritztem Obst unkalkulierbare Risiken ein. Wie Studien gezeigt haben, wurden dabei erhöhte Giftwerte im Körper nachgewiesen.

Gen-Mais für Biogasanlagen und eine genveränderte Kartoffel (von der BASF) für die Stärkegewinnung bedro-



hen den Norden. Auch die Verbraucher sind dadurch in Gefahr. Durch Auskreuzung wie auch bei der Saatguterzeugung, der Ernte, der Lagerung, dem Transport oder sogar bei der Verarbeitung kann die Gen-Kartoffel in die Nahrungskette gelangen. Möglicherweise haben die Chemiefirmen heute schon die ersten Folgen der Agro-Gentechnik zu verantworten: Zur Zeit sorgt ein mysteriöses Bienensterben bei Imkern und Bienenzüchtern in MV für Aufregung. Einige Fachleute halten eine Milbenart oder Pflanzengifte für den Auslöser, andere sehen in genmanipulierten Pflanzen die Ursache dafür.

Der im Schweriner Schloß sitzende nationale Gegenpol zu den gentechnikbefürwortenden Systemparteien steht gegen die multinationalen Großkonzerne, die allein aus Profitgier die Zerstörung von Mensch und Natur bewußt in Kauf nehmen.

Die NPD-Fraktion lehnt Gen-Pflanzen in Mecklenburg und Pommern generell ab.

Ausländerkriminalität nicht unter Kontrolle?

Auf Anfrage des Abgeordneten Stefan Köster räumte die Landesregierung nunmehr ein, daß Straftäter mit sog. „Migrationshintergrund“ überhaupt nicht statistisch erfaßt werden. Auf immerhin 10 Fragen zu diesem Täterkreis antwortete die Regierung lapidar: „In der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) sowie in den Justizstatistiken erfolgt keine gesonderte statistische Erfassung nach dem Migrationshintergrund“. Vor dem Hintergrund des siebenfachen Mordes im Ausländermilieu in Sittensen ist die Antwort der Landesregierung doch mehr als beängstigend, da sie offensichtlich vor dem wachsenden Problem der organisierten Kriminalität die Augen verschließt. Mit dem

Beitritt Polens zum „Schengen-Abkommen“ werden die Landesregierungs-Kriminalitätsprobleme gerade im Bereich der Ausländer und Asylbewerber mit Sicherheit zunehmen. Wenn es darum geht, den Kampf gegen nationale Deutsche zu organisieren, ist der Regierung jedes Mittel recht. Es müßte allerdings auch sichergestellt werden, daß Straftaten von Fremden genau erfaßt und statistisch ausgewertet werden. Warum will die Regierung z.B. die folgende Frage von Köster nicht beantworten: „Welche Straftaten gingen von Menschen mit vietnamesischem bzw. chinesischem oder japanischem Migrationshintergrund aus? Waren daran Mitglieder der Triaden oder der Yakuza beteiligt?“



Stefan Köster, MdB

Wußten Sie schon...

...daß die Bundesregierung ein Gesetz verabschiedet hat, wonach Hunderttausende zu Unrecht in Deutschland lebende Ausländer (z.B. abgelehnte Asylbewerber) Bleiberecht erhalten, wenn sie bis 2009 einen Arbeitsplatz nachweisen können. Dies bedeutet im Klartext: Wer es schafft, bis 2009 einem Deutschen die Arbeit weg-

zunehmen, darf bleiben. Armes Deutschland!

Nach Angaben der Landesregierung leben in Mecklenburg-Vorpommern derzeit über 30.000 Ausländer. Von 1991 bis 2005 wurden zusätzlich über 15.000 Ausländer eingebürgert. Über Eintausend Ausländer beantragen derzeit Asyl. Der Großteil davon kommt aus der Türkei.

INFO-GUTSCHEIN

Vorname

Name

Straße/Haus-Nr.

PLZ

Telefon

ePost

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion. Bitte senden Sie mir ein umfangreiches Materialpaket zu.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Alter

NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern
Schloß, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Tel.: (0385) 525 13 11 Fax: (0385) 525 13 21